

Bericht zur öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 23.02.2026

Bürgermeister Franz hat Top 9 aufgrund weiterer Klärungsbedarfe von der Tagesordnung abgesetzt.

1. Einwohnerfragen

Zum Brennholzverkauf am 11.02.2026 wies ein Bürger darauf hin, dass die Polter gut verkauft wurden, es jedoch Unmut über die stark gestiegenen Preise der Flächenlose gab. Er fragte nach dem Stand der angekündigten Prüfung durch Förster Scheuter. Der Vorsitzende erklärte, dass die Preise aufgrund der anderen Bewirtschaftung an den Richtpreisen für Polter orientiert wurden. Eine Rückmeldung vom Förster liegt noch nicht vor.

2. Bekanntgaben

Der Vorsitzende berichtete, dass der Gemeinderat der Einstellung von Frau Schweizer als Hausleitung der Kindertagesstätte Teckstraße zum 01.02.2026 beschlossen hat.

3. Bausache: Antrag auf Befreiung: Überdachung der vorhandenen Stellplätze, Achalmstraße

Der Carport überschreitet die Baugrenze, daher ist ein Ausnahmeantrag nötig. Wegen der transparenten Bauweise und guter Sicht in der flach verlaufenden Kurve befürwortete die Verwaltung trotz Überschreitung eine Befreiung. Vordach, Treppenaufgang und Zuweg sind verkehrsfrei.

Das gemeindliche Einvernehmen sowie die Befreiung nach § 36 i.V.m. § 31 Baugesetzbuch (BauGB) wurden **einstimmig** erteilt.

4. Bausache: Antrag im vereinfachten Verfahren: Neubau eines Doppelhauses, Etzelweg

Der Vorsitzende berichtete, dass das Landratsamt kurz vor der Gemeinderatssitzung die geplante Grenzbebauung abgelehnt hat und hierzu den Bauherrn und die Verwaltung in Kenntnis setzte. Drei von vier Angrenzern sahen die Pläne ein und erhoben Einwendungen. Eine Grenzbebauung wäre nur mit Baulast möglich gewesen. Für das Bauvorhaben wurden mehrere Anträge auf Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen beantragt. Die geplanten Gauben überschreiten z.B. die zulässige Länge, wurden jedoch als stimmig, ortsbildverträglich und zur Wohnraumschaffung sinnvoll bewertet. Weitere beantragte Abweichungen wurden als unproblematisch eingestuft. Das gemeindliche Einvernehmen sowie die Befreiung nach § 36 i.V.m. § 31 BauGB wurden erteilt.

Der Beschluss erfolgte mit **11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung** und **0 Gegenstimmen**.

5. Bausache: Antrag im vereinfachten Verfahren: Veränderte Ausführung des genehmigten Neubaus von Doppelgaragen und einer Überdachung, Philipp-Jakob-Manz-Straße

Der Bauherr hatte eine Doppelgarage mit Überdachung genehmigt bekommen; bei einer Kontrolle wurde jedoch ein abweichend errichtetes Lager festgestellt, das nun nachgenehmigt werden sollte. Das Lager ersetzt teilweise die Überdachung, steht auf der Grenze und ist gemäß Bebauungsplan zulässig. Die endgültige Prüfung der Abstandsflächen übernimmt das Landratsamt. Das gemeindliche Einvernehmen wurde nach § 36 i.V.m. § 31 BauGB erteilt.

Der Beschluss erfolgte mit **7 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen** und **0 Gegenstimmen**.

6. Neubaugebiet Niederes Feld – Beschluss über die weitere Vergabe der Bauplätze

Bürgermeister Franz berichtete über den aktuellen Stand: Acht Grundstücke wurden abschließend bis Ende des Jahres 2025 verkauft. Gemäß den gültigen Vergaberichtlinien wurden die Nachrücker angeschrieben. Für drei weitere Grundstücksverkäufe ist ein Notartermin vereinbart. Nach Abschluss des Vergabeverfahrens voraussichtlich im April 2026 werden die noch verfügbaren Grundstücke auf der Homepage veröffentlicht und über freie Vergabe nach Eingang der Bewerbungen veräußert. Alle bisherigen Interessenten, die kein Grundstück erhalten haben, sowie neue Interessenten werden in geeigneter Weise unterrichtet.

Der Gemeinderat beschloss die Vergabe weiterer Bauplätze entsprechend der Zuteilungsliste **einstimmig**.

7. Vorstellung Schulsozialarbeit

Der Vorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Schulleiterin Frau Krimmel, die Schulsozialarbeiterin Frau Meyer und den Vorsitzenden des Fördervereins, Herrn Happ und erläuterte allgemein das Thema Schulsozialarbeit. Frau Krimmel betonte einleitend die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit, da an der Schule Probleme wie Schulangst, aggressives oder zerstörerisches Verhalten sowie Handgreiflichkeiten auftreten. All das sei ein Zeichen für ein fehlendes Sicherheitsgefühl. Ursachen liegen häufig in belastenden familiären Situationen. Im Anschluss berichtete Frau Meyer über ihre Arbeit und die Bedeutung der Schulsozialarbeit. Der Bericht zeigte, dass die Schulsozialarbeit mit einem Stellenumfang von 40 % ein breites Spektrum an Aufgaben abdeckt – von sozialpädagogischer Gruppenarbeit über Einzelfallhilfe bis hin zu Vernetzung im Gemeinwesen. Genannt wurden u. a. Themen wie Kinderschutz, gewaltfreie Kommunikation, Übergänge auf weiterführende Schulen, Umgang mit sozialen Medien sowie Unterstützung bei Verhaltensauffälligkeiten, Ängsten oder familiären Belastungen. Deutlich wurde, dass die Schulsozialarbeit stark genutzt

wird. Abschließend wurde betont, dass Schulsozialarbeit „Teil der Lösung und nicht Teil des Problems“ ist und wesentlich zur Persönlichkeitsentwicklung, Konfliktfähigkeit und zum sozialen Lernen der Kinder beiträgt. Der Vorsitzende des Fördervereins der Grundschule, Herr Happ, gab einen Überblick über die Finanzierung der Schulsozialarbeit. Die Kosten steigen kontinuierlich an, vor allem durch höhere Personalkosten. Aufgrund der allgemeinen schwierigen Finanzlage bleiben Fördergelder und Spenden zunehmend aus, so dass der Förderverein seinen Anteil kaum noch bewältigen kann.

Die Gemeinderäte betonten die große Wertschätzung für die Schulsozialarbeit. Hervorgehoben wurde auch die hohe Anerkennung der Kinder für Frau Meyer. Gleichzeitig wurde daran erinnert, dass der Förderverein weiterhin aktiv Mittel einwerben müsse und dass Schulsozialarbeit zwar eine freiwillige Aufgabe der Gemeinden sei, aber eigentlich landesweit Standard sein sollte. Ein großer Dank ging an Spender und unterstützende Firmen. Der Vorsitzende bedankte sich abschließend bei allen Beteiligten und insbesondere dem bisher so großzügigen Unterstützer des Fördervereins. Der Vortrag wurde als eindrucklich und informativ wahrgenommen.

8. Finanzierung der Schulsozialarbeit – Grundsatzbeschluss

Der Vorsitzende stellte dar, dass sich die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit auch durch gesellschaftliche Veränderung ergebe und Kohlberg mit einer 40 %-Stelle im regionalen Vergleich gut aufgestellt sei und dass sich Gemeinde und Gremium nun mit der dauerhaften Sicherung und ggfalls 100%-Finanzierung dieser freiwilligen Aufgabe befassen müsse. Wegen unsicherer Zuschusslagen wurde ein Grundsatzbeschluss ab dem Jahr 2027 als notwendig erachtet. Bürgermeister Franz erläuterte die aktuellen Zuschüsse des KVJS (Kommunalverband Jugend u. Soziales) und die Zuschüsse des Landkreises Esslingen i.H.v. jährlich je 8350 € und die verbleibenden Personalkostenaufwendungen von ca. 27000 €, die einer jährlichen Dynamisierung unterliegen. Diese wurden bisher zu zwei Drittel vom Förderverein und zu einem Drittel von der Gemeinde finanziert. Der Förderverein wird bei weiter rückläufigen Spenden die Zweidrittelfinanzierung nicht mehr stemmen können. Seit 2022 ist Frau Meyer an der Schule tätig; künftig ist jedoch mit weiter steigenden Kosten und möglichen Kürzungen externer Zuschüsse aufgrund der schwierigen Haushaltslage zu rechnen, was ab 2027 zu deutlich höheren kommunalen Aufwendungen führen könnte. Der Gemeinderat beschloss **einstimmig**, die Kosten der Schulsozialarbeit ab 01.01.2027 vollständig bei einem Stellenumfang von 40% zu übernehmen; mögliche Zuschüsse sind zu vereinnahmen.

10. Sonstiges

Nahversorgung

Erfreuliches konnte Bürgermeister Franz hinsichtlich der Verhandlungen zur Nahversorgung berichten: Die Firma Konrad aus Unterlenningen wird ab 05.03.2026 immer donnerstags von 14:30 bis 17:30 Uhr einen Metzgerwagen auf dem Kelterplatz mit ihrem aktuellen Sortiment aufstellen.

Telefonanlage

Seit dem 23.02.2026 hat die Verwaltung die Telefonie umgestellt, da das System des Betreibers nicht kompatibel mit der bestehenden Cloud-Umgebung war. Die Bürger erreichen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung nun wieder zuverlässig.

Zugangssteuerung Jusihalle

Eine Gemeinderätin erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Arbeiten. Der Vorsitzende berichtete, dass Herr Kunze hierzu in Kontakt mit dem Elektrofachbetrieb steht; ein benötigtes Bauteil fehlt noch, sodass die Arbeiten erst nach dessen Lieferung abgeschlossen werden können.

Öffentlicher Bücherschrank

An eine Gemeinderätin wurde aus der Bevölkerung der Wunsch nach einem öffentlich zugänglichen Bücherschrank herangetragen. Als möglicher Standort wurde das Wartehäuschen neben dem Spritzenhaus genannt. Bürgermeister Franz begrüßte den Vorschlag, Frau GRin C. Maisch wird sich wegen der Umsetzung direkt mit dem Bauhof in Verbindung setzen.